Datenschutzordnung der Humanistischen Union

beschlossen auf der 19. Delegiertenkonferenz der HU am 19. Juni 2005 in Mainz, zuletzt geändert auf der 21. Delegiertenkonferenz am 14. Juni 2009 in Frankfurt/Main.

1 Allgemeines

In der Humanistischen Union e.V. (HU) werden durch den Bundesverband sowie die Orts-, Regional- und Landesverbände personenbezogene Daten von Mitgliedern und externen Personen erhoben, verarbeitet und genutzt.

Nach Maßgabe des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) verpflichtet sich die HU, die Speicherung personenbezogener Daten möglichst sparsam und transparent vorzunehmen und dem Datenschutz sowie dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung umfassend Rechnung zu tragen.

2 Erhebung von personenbezogenen Daten

Zur Kontaktaufnahme mit der Humanistischen Union über E-Mail oder Webformulare besteht die Möglichkeit zur Eingabe persönlicher oder geschäftlicher Daten (E-Mail-Adressen, Namen, Anschriften). Die angegebenen persönlichen Daten werden nur für die Übersendung der gewünschten Veröffentlichungen oder Informationen bzw. für die ggf. explizit genannten anderen Zwecke verarbeitet und nicht an Dritte weitergegeben.

Mit dem Beitritt eines Mitglieds nimmt der Verein folgende personenbezogenen Daten auf:

- Name und Adressangaben,
- Geburtsdatum,
- Angaben zum Mitgliederbeitrag und dessen Bezahlung,
- Bankverbindungen (bei Lastschriftzahlung der Beiträge),
- elektronische Kontaktdaten (Telefon, Fax, E-Mail, Internetadressen),
- Funktionen innerhalb des Verbandes,
- thematische Interessen,
- Interesse/Teilnahme an Projekten der HU,
- Bezug von Informationsverteilern.

Jedem Vereinsmitglied wird eine Mitgliedsnummer zugeordnet.

Diese Informationen werden in einem vereinseigenen EDV-System gespeichert und sind nur den Beschäftigten der Bundesgeschäftsstelle sowie dem Bundesvorstand zugänglich.

Sonstige Informationen zu den Mitgliedern und Informationen über Nichtmitglieder werden von dem Verein grundsätzlich nur erhoben, sofern sie für die Erfüllung des Vereinszwecks nach Maßgabe der Satzung erforderlich sind (z.B. für Öffentlichkeitsarbeit und Spendenaquise) und keine Anhaltspunkte bestehen, dass die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse hat, das der Nutzung entgegensteht.

nächste Artikel